

Lieber Christian, Grenzen trennen und verbinden. Sie sind die Außenhaut von Staaten. Bis hier sind wir verantwortlich, ab da Gast. Einer Gemeinschaft, die ihre Grenzen nicht kennt, kann niemand trauen. Das gilt auch für die Europäische Union. Sie wird mit dem Problem nicht fertig, Aufnahme, Verteilung und soziale Unterstützung von Flüchtlingen, die sich auf der europäischen Halbinsel niederlassen wollen, einheitlich zu klären.

Die Hauptlast des bisherigen unregulierten Zustandes trägt die Bundesrepublik Deutschland, das europäische Mitte-Land – das seit Jahren schon wegen seiner stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse und der hohen Sozialleistungen der attraktivste Zielort für Migranten ist. Deutschland hat mit seiner Unterschrift unter das Schengen-Abkommen rechtlich die Schutzfunktion seiner Grenzen nicht aufgegeben. Der Bundesinnenminister ist aufgefordert, deutlich zu machen, wie er diese Schutzfunktion – zum Beispiel gegen die illegale Umleitung von Flüchtlingsströmen über die Brennergrenze nach Österreich und von dort in wenigen

Zugminuten nach Bayern – wiederherstellen will.

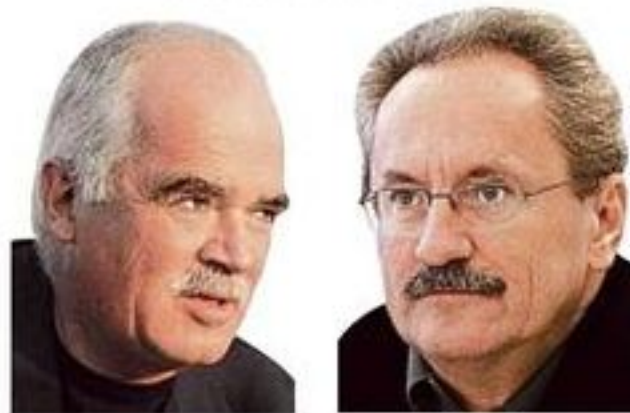
Dies umso mehr, als das amtliche Berlin der Forderung von Ministerpräsident Seehofer nach wenigstens stichprobenartigen Überprüfungen an der deutschen Grenze heftig widersprochen hat. Dabei sind solche Kontrollen im Schengen-Vertrag ausdrücklich vorgesehen und können auch gemeinsam mit österreichischen und italienischen Grenzpolizisten durchgeführt werden. Seit Januar sind 160 000 Personen via Asyl nach Deutschland gekommen. Das entspricht der Einwohnerzahl einer Großstadt fast von der Größe Würzburgs. Nun, da sie hier sind: Wenn sie arbeiten wollen, ist das gut und nicht schlecht. Deshalb müssen die immer noch bestehenden Arbeitsverbote radikal beseitigt werden.

Das in Deutschland jetzt ein bisschen eingeschränkte monatelange Warten auf das Arbeiten-Dürfen ist für den inneren Zustand der Betroffenen katastrophal und vergrößert die Distanz zur aufnehmenden Bevölkerung. In diesem Zusammenhang muss der Öffentlichkeit auch gesagt werden, warum sich bei uns

derzeit zusätzlich 150 000 Personen aufhalten, deren Asylantrag bereits rechtskräftig abgelehnt ist. Wenn ein negativer Ausgang des Asylanerkennungsverfahrens völlig folgenlos bleibt, ist der Sinn der ganzen Anerkennungsprozedur in Frage gestellt. Sie sollten auch bei ihren Verwandten wohnen

können – wo es von den Wohnverhältnissen her möglich ist (diese Einschränkung ist wichtig: Wir müssen jedem Ansatz der Slumbildung konsequent entgegenzutreten). Auch sollten vom ersten Tage an deutsche Sprachkurse angeboten werden und vom ersten Tag sollte auch erkennbar sein, was man Willkommens-

## Briefwechsel



zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

### „Man kann nicht in Unschuld regieren“

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU)  
liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen  
Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

kultur nennt: medizinische Fürsorge, Kinderbetreuung, Schule. Aber eben auch freundschaftliche Einbeziehung durch örtliche Sport- und Freizeitvereine und durch die Riesengemeinschaft gutwilliger Privater. Die Bewältigung der aktuellen Migration setzt voraus, dass unsere Bevölkerung gefasst und freundlich bleiben kann, weil auf den hiesigen Staat Verlass ist. Natürlich führt der repressive Teil der behördlichen Regelungen zu Konflikten, (der tolerante Teil der Maßnahmen auch) wo sich der Staat auch schuldig machen kann. „On ne gouverne pas innocemment“, sagen die Franzosen dazu: „man kann nicht in Unschuld regieren.“

Deutschland muss sich diesem großen Problem stellen, ohne der Versuchung falscher Töne nachzugeben. Zu den falschen Tönen gehörte das Denken in diffamierten Negativgruppen. Negativgruppen können Fremde, aber auch die eigenen Leute sein, deren Skepsis, auch wenn sie berechtigt ist, viele Gutmenschen in Wut bringt.

Gestern stand in der Süddeutschen Zeitung in Sachen unkontrollierte Einwande-

lung, dass die Völker und Staaten Europas in Zukunft nicht mehr gefragt werden (brauchen), „was sie aushalten müssen oder nicht“. Die Überschrift des Artikels lautete „Zäune zwecklos“, um am Ende dann doch nur eine Öffnung zu verlangen „so kontrolliert und überlegt, wie es eben geht.“ Wie dieses „kontrolliert“ aussehen könnte, sagt uns die Süddeutsche nicht. Man könnte sich die Hände schmutzig machen.

Sind die Demokratien Europas nur noch fremdbestimmt? Darum ging es auch letzte Woche, wo ich im Palais de la Cour de Justice in Luxemburg war, beim Europäischen Gerichtshof. Einer der vielen Höhepunkte der 6-stündigen Sitzung war die Frage des deutschen EuGH-Richters Thomas von Danwitz an den anwaltlichen Vertreter Mario Draghi: „Übernimmt die EZB bei einem unbegrenzten Ankauf von staatlichen Schuldentiteln das Insolvenzrisiko dieses Staates?“ Darauf herrschte sekundenlang produktive Stille.

Die Sache läuft besser, als viele denken.

Dein Peter Gauweiler